Verlagsort: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Amtsh. 10 Rpf. außerhalb 15 Rpf.

Der Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Ist das für seinen Verbreitungsbezirk behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen, der Reichsbahnämter und der Postanstalten

Bezugspreis: mtl. 2,40 RM. (einschl. 41 Rpf Postzeitungsgebühr zuzügl. 42 Rpf Postbestellgeld) Durch die Post 2,40 RM einschl. 43 Rpf Zeitungsgeb. (zuzügl. 42 Rpf Postbestellgeld) Bei Abholung in unserer Geschäftsstelle 2 RM. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgebühr oder auf Ersatzlieferung

Nr. 76. Dienstag, 17. März 1936

Anzeigenpreis: Es gilt Preisl. Nr. 13. Anzeigenschl. am Tage vor Erscheinen 15 Uhr, f. d. Sonntagsausgabe freitags 12 Uhr, f. d. Montagsausg. sonnabends 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH., Dresden A 1, Wettinerpl. 10. Postscheckkonto Dresden 39175. Geschäftsz. 8—18 Uhr. Sprechz. d. Schriftleitung 11—12 Uhr außer sonnabends. Fernruf Sammelnr. 25901 u. 25261

Halbe Antwort des Völkerbundsrates

Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt - Für die Behandlung der Friedensvorschläge nicht „zuständig"

Langwierige Verhandlungen in London

Drahtbericht unseres Londoner Vertreters

b. d. **London**, 16. März.

Die Antwort auf das Telegramm des deutschen Außenministers scheint den in London versammelten Staatsmännern erhebliches Kopfzerbrechen bereitet zu haben. Noch am Vormittag hat das britische Kabinett darüber beraten, wie sich Eden in der für den Nachmittag anberaumten Geheimsitzung des Völkerbundsrates verhalten solle. Flandin empfing inzwischen Litwinow und Titulescu sowie den jugoslawischen und spanischen Außenminister.

Es ist bezeichnend, daß sich der Ratspräsident Bruce zu Beginn der geheimen Sitzung — die angesetzte öffentliche Sitzung wurde vertagt — veranlaßt sah, zunächst eines der bedeutsamsten Mißverständnisse zur Debatte zu stellen. In seiner Antwort auf die Einladung der Ratsmächte hatte der deutsche Außenminister bekanntlich erklärt, daß die Kündigung des Locarno-Paktes und die Friedensvorschläge des Führers eine untrennbare Einheit seien und Deutschland deshalb nur an den Beratungen teilnehmen könne, wenn die in Frage kommenden Mächte bereit seien, „alsbald" in Verhandlungen über diese Vorschläge einzutreten. Das Wort „alsbald" hatte jedoch in der Uebersetzung den Sinn des Wortes „sofort" erhalten. Bezeichnenderweise konnte man sich auf der Ratssitzung trotz aller philologischen Auseinandersetzungen über die richtige Uebersetzung nicht einigen, weshalb beide Formulierungen im Text wiedergegeben wurden.

Ueber den Beginn dieser Sitzung wurde die folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Der Rat hat unter dem Vorsitz des australischen Delegierten Bruce die Prüfung der Mitteilungen der französischen und der belgischen Regierung über den Locarnovertrag wieder aufgenommen. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß der Rat in seiner letzten Sitzung den Generalsekretär ermächtigt habe, an die deutsche Regierung ein Telegramm über ihre Teilnahme an der Erörterung der Mitteilungen der französischen und der belgischen Regierung durch den Rat zu richten. Er verlas das Telegramm des Generalsekretärs sowie die gestern von der deutschen Regierung eingegangene Antwort. Der Vorsitzende schlug vor, daß der Rat, ehe er zu einer öffentlichen Sitzung übergehe, eine Prüfung der deutschen Antwort vornehme, die zwei Fragen aufwerfe:

1. diejenige der Behandlung Deutschlands auf gleichem Fuß mit den Ratsmitgliedern,

2. die die Locarnomächte angehende Frage: Wird man sofort oder zu einem sehr nahen Zeitpunkt mit der Prüfung der in der Rede Hitlers aufgeworfenen Fragen beginnen. Der Rat beschloß, die Antwort der deutschen Regierung sofort in geheimer Sitzung zu prüfen."

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergab sich eine weitschweifige Diskussion über die Einzelheiten des deutschen Telegramms und seiner Beantwortung. Nach langer Debatte einigte sich der Rat auf die Erklärung, daß Deutschland in London zwar als gleichberechtigte Macht anerkannt würde, aber kein Stimmrecht beanspruchen könne, da auch Frankreich und Belgien als direkt am Streitfall berechtigte Staaten sich der Stimme enthalten müßten. Noch schwieriger gestaltet sich die Erörterung der zweiten, von Deutschland geforderten Voraussetzung, „alsbald" in Verhandlungen über die Friedensvorschläge des Führers einzutreten. Flandin, Litwinow und Titulescu bemühten sich, die anderen Ratsmitglieder davon zu überzeugen, daß die deutschen Friedensvorschläge eine Angelegenheit der Locarnomächte, nicht aber des Völkerbundstates seien. Sie beantragten daher, in einer entsprechenden Antwort nach Berlin zu erklären, daß der Rat in dieser Frage „unzuständig" sei.

Wider Erwarten wurde dann die nichtöffentliche Sitzung kurz nach 7 Uhr zur öffentlichen erklärt. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich noch einmal, mit welcher Hartnäckigkeit der französische Außenminister in den bisherigen Besprechungen auf seiner alten Forderung bestanden hatte, zunächst einmal Deutschland durch den Rat offiziell „aburteilen" zu lassen. Wie in informierten Kreisen verlautet, haben die englischen Delegierten mehrfach gegen diese Forderung Einspruch erhoben.

Als Ratspräsident Bruce die Sitzung eröffnete, verlangte Flandin das Wort und legte dem Rat einen französisch-belgischen Entschließungs-Entwurf vor, der folgendermaßen lautete:

„Auf Antrag der französischen und der belgischen Regierung stellt der Rat fest, daß Deutschland einen Verstoß gegen Artikel 43 des Versailler Vertrages begangen hat, indem es am 7. März Truppen in die entmilitarisierte Zone, wie diese im Artikel 41 des Versailler Vertrages und des Locarnover-

Fortsetzung auf Seite 2

Der Führer hielt Wort

Von Generalarbeitsführer Dr. Will Decker

Tausendfältig kann jeder Deutsche, der das Glück hatte, den Kampf des Führers um Freiheit und Ehre, Arbeit und Brot bewußt miterleben, von sich aus den aus eigenem Schuldbewußtsein geborenen Vorwurf mancher ausländischer Politiker widerlegen, Adolf Hitler habe Verträge gebrochen. Was der Führer tat, kann wohl am besten der von ihm Geführte sehen und beurteilen! Und der Geführte sieht, wo er heute steht und wo er 1933 stand. Und sein Urteil ist: Der Führer hat sein Wort gehalten!

Der Bund, den der Führer unter den Augen des greisen Generalfeldmarschalls am 30. Januar 1933 mit den Männern schloß, die bereit waren, unter ihm die Neuordnung des deutschen Lebens anzupacken, hat sich fest und unzerreißbar erwiesen! Adolf Hitler hat sein Wort gehalten!

Reichsminister Dr. Goebbels hat zu Beginn des Wahlkampfes in einer großen Schau dem deutschen Volke die Leistungen der letzten drei Jahre vor Augen geführt. Diese große Gesamtschau bis ins kleinste beispielhaft zu belegen, ist jeder selbst in der Lage, durch dessen persönliches Leben der Atem des nationalsozialistischen Willens dieser Jahre strich. Auch die 1,2 Millionen Arbeitsmänner, die seit der Machtübernahme durch den nationalsozialistischen Arbeitsdienst gegangen sind, können mitreden von dem Gesicht der neuen Zeit, weil es ihr eigenes Gesicht wurde.

1932 standen an den Straßenecken in den deutschen Städten junge Menschen, schlaff, willenlos, Söhne von Männern, die vor Verdun oder am Kemmel oder irgendwo für Deutschland gefallen waren. Und diese Jungen hatten kein Leben mehr vor sich, die damalige Zeit hat in ihre Augen kein Leuchten bringen können, wohl aber Bitterkeit, Hoffnungslosigkeit — und wie oft Haß und Häßlichkeit.

Seht die gleichen jungen Menschen heute! Sie tragen die Tracht des Arbeitsdienstes zum Zeichen, daß Arbeit für sein Volk die höchste Ehre eines gesunden deutschen jungen Menschen ist. Sie lungern nicht an Straßenecken, sie marschieren singend mit hellen Augen durch deutsches Land. Sie gehen wieder zur Heimat, die sie und ihre Hände braucht. Sie tragen keinen Haß mehr im Herzen gegen die „Anderen", die glücklicher waren als sie. Alle sind heute glücklich, nach drei Jahren wieder ein Leben vor sich zu sehen, in dem der Tüchtige etwas gilt.

Wer weiß etwas davon, was das gekostet hat, in drei Jahren diesen Arbeitsdienst als Schule der Nation aus dem Nichts zu bauen? Das weiß in Wahrheit nur der, der dafür sorgte, daß des Führers Wort vom 1. Mai 1933 Wirklichkeit wurde: „Wir wollen, daß das deutsche Volk durch die Arbeitsdienstpflicht erzogen wird zur Erkenntnis, daß Handarbeit nicht schändet, daß Handarbeit nicht entehrt, sondern daß Handarbeit genau wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie treu, frei und redlichen Sinnes erfüllt. Und deshalb ist es unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen, ob hoch geboren und reich oder arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennen lernt, damit er auch leichter befehlen kann, weil er selbst schon gehorchen gelernt hat."

Heute sind bereits die Einberufungen des zweiten Jahrganges für die Arbeitsdienstpflicht

Für 20 RM. eine Woche im Rügenbad

30 Ozeandampfer für „KdF." – Das Ziel: jährlicher Erholungsurlaub für 14 Millionen Arbeiter

Berlin, 16. März.

Der Reichsleiter der DAF., Pg. Dr. Ley, machte einem Vertreter der NS-Presse jetzt nähere Angaben über die gewaltigen Pläne der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude", insbesondere über die Durchführung des von ihm in Aussicht genommenen Dreijahresplanes mit seinen unvergleichlichen Schöpfungen für den deutschen Arbeiter, die bereits in aller Kürze mit einer gesetzlichen Regelung der Urlaubszeit ihre Krönung finden werden.

Pg. Dr. Ley ging davon aus, daß es der Plan des Führers sei, 14 Millionen deutschen Arbeitern, nämlich 7,5 Millionen von der Industrie und 6,5 Millionen aus Handwerk, Landwirtschaft und verwandten Wirtschaftszweigen, künftig jedes Jahr einem Erholungsurlaub mit allen Bequemlichkeiten zu ermöglichen. Im Laufe der Zeit sollen fünf Seebäder mit einem Fassungsraum von je 20 000 deutschen Volksgenossen für KdF. errichtet werden, und zwar drei an der Ostsee und zwei an der Nordsee. Der Bestand der KdF.-Flotte wird auf 30 Schiffe mit durchschnittlich je 1600 bis 1700 Betten erhöht; das Fassungsvermögen der Landerholungsheime soll auf 100 000 Betten gesteigert werden.

Der große Dreijahresplan

Selbstverständlich ist die Erfüllung dieses Riesenplanes auf lange Jahre berechnet. Zunächst wird die konsequente Durchführung eines Dreijahresplanes die Richtigkeit der Methode erweisen. Dieser Dreijahresplan umfaßt den Bau eines Ostseebades auf der Insel Rügen zwischen Binz und Saßnitz, wo sich die herrliche „schmale Heide" erstreckt, nahe dem kleinen Oertchen Mukran.

Weiter erhält der Dreijahresplan die Fertigstellung von zwei Dampfern zu je 25 000 Tonnen und die Vermehrung der Schlafstellen in den Landerholungsheimen von 15 000 auf 30 000. Die Finanzierung dieser ersten Etappe, die 1938 beendet wird, und auch auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung eine gewaltige Leistung darstellt, ist bereits sichergestellt.

Das große Rügenbad, das als erstes fertiggestellt werden soll, wird u. a. ein riesiges Gebäude von 4 Kilometer Länge enthalten, in dem die Wohnkabinen untergebracht sind. Ferner werden dort sechs bis acht Seepavillons errichtet, die in das Meer hinausgebaut werden und als Speiseräume dienen.

Der deutsche Arbeiter braucht zu seiner Urlaubsfahrt in dieses Bad nicht einmal das Badetuch und den Badeanzug mitzubringen; er findet alles in seiner Kabine.

Zwei Reichsmark pro Tag

Der ganze Aufenthalt in Rügen wird 2 RM. je Tag kosten, so daß ein Berliner Arbeiter einschließlich des Fahrgeldes mit rund 20 RM. seinen Ferienaufenthalt von sieben Tagen im Rügenbad bestreiten kann.

Da während der Badesaison dort täglich rund 3000 Arbeiter ankommen und abreisen, wird das Bad einen eigenen Bahnhof und einen eigenen Hafen erhalten. Auch ist die Einrichtung einer Untergrundbahn geplant, damit auch diejenigen Urlauber schnell bis zum Mittelpunkt der Badeanstalt kommen können, die an den Flügeln des ausgedehnten Bades untergebracht sind.

Dr. Ley kündigte noch an, daß in Zukunft die Madeira-Fahrten alljährlich erfolgen und daß auch die schwedischen Schären und Finnland Ziel von „KdF."-Reisen werden würden.

Gesetzliche Urlaubsregelung in Aussicht

Im Verlaufe der Unterredung hob Pg. Dr. Ley besonders die freudige Unterstützung der „KdF."-Pläne durch die Unternehmer hervor. Bisher haben sich kaum irgendwo größere Schwierigkeiten ergeben. Viele Arbeiter erhalten während ihres „KdF."-Urlaubs außer der Lohnzahlung auch meist noch ein beachtliches Zehrgeld zur Bestreitung der Nebenauslagen mit auf den Weg. Die Urlaubszeit wird demnächst durch das in Angriff genommene Arbeitsvertragsgesetz einheitlich für alle schaffenden Volksgenossen geregelt werden. So geht auch in dieser Richtung eine große Idee ihrer Vollendung entgegen, und ein weiterer bedeutender Programmpunkt der Partei erfüllt sich.

Dr. Goebbels dankt den Beamten

Berlin, 16. März

Reichsminister Dr. Goebbels hat in einem herzlich gehaltenen Schreiben dem Reichsbeamtenführer seinen Dank für eine Spende ausgesprochen, die Pg. Hermann Neef im Namen der deutschen Beamtenschaft neuerdings an die „Stiftung für Opfer der Arbeit" überwiesen hat. Die Gesamtsumme der vom Hauptamt für Beamte der Stiftung bisher zur Verfügung gestellten Einzelspenden hat damit den Betrag von 1 058 000 RM. erreicht.

Dr. Goebbels bezeichnet diese Summe als „eine der stärksten Stützen des Kapitalvermögens der Stiftung" und weist darauf hin, daß sich dieser Betrag durch die alljährlich laufend, insbesondere von der Eisenbahn- und Postbeamtenschaft eingehenden, monatlichen Spenden noch erheblich erhöhe.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19360317/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG